

Abfuhr. Mit einer „konjunkturgerechten Gestaltung der öffentlichen Haushalte“ habe die Praxis „nicht viel zu tun. Es kann nicht Sinn einer konjunkturell abgewogenen Haushaltspolitik sein, über eine ganze Dekade hinweg tendenziell wachsende Staatsdefizite zuzulassen“.

Ein großer Teil der Defizite ist nicht Ergebnis widriger Konjunktur – dafür muß der Staat allemal einstehen, um die Lage nicht noch zu verschlimmern –, sondern hausgemacht strukturell.

In Wahrheit war Hamburg vor allem um die Vollbeschäftigung des öffentlichen Dienstes bemüht. Während die Bevölkerung schrumpfte, seit 1964 um zwölf Prozent, wuchs das Heer der Staatsbediensteten um 31 Prozent – auf 114 000. Jeder sechste Hamburger ist irgendwie beim Senat beschäftigt. Wegen gewaltiger Stellenvermehrungen und -verbesserungen hoben die Personalausgaben jahrelang in zweistelligen Prozentsprüngen ab. Der öffentliche Dienst verzehrt mehr als die Hälfte der laufenden Einnahmen. Professor Wilhelm Strobel, Betriebswirtschaftler an der Universität Hamburg, rechnete dem Senat vor, der Stadtstaat sei „deutscher Meister in Beamten-Spitzengehältern“.

Das nach Bremen zweitkleinste Bundesland verfügt über das größte Kabinett: 14 Senatoren, durchweg mit eigenen Staatsräten und Planungsstäben. Drei Senatoren sind für die Kultur zuständig, zwei für den Umweltschutz.

Als Schuldenbremse wirkte in früheren Jahren in Hamburg jene Bestimmung der Haushaltsordnung, nach der Defizite im laufenden Betriebshaushalt spätestens zwei Jahre später ausgeglichen werden mußten. Langfristige Kredite dagegen durften nur für Investitionen aufgenommen werden. Eine übermäßige Aufblähung der laufenden Ausgaben, etwa für Personal- oder Sachkosten, schlug mithin binnen zwei Jahren als Bumerang auf die Fiskalpolitiker zurück, zwang deshalb die Politiker zur Mäßigung bei den laufenden Etatansätzen.

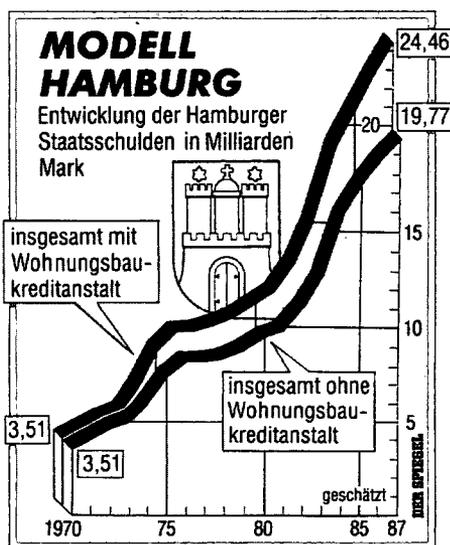
Mit steigenden Fehlbeträgen wurde dieser Passus der Haushaltsordnung den Regierenden immer lästiger, weil in den Betriebshaushalten der Neuetsats immer größere Altschulden getilgt werden mußten. Um sich der Tilgungslasten zu entledigen, beschloß die Regierungsmehrheit am vergangenen Freitag in erster Lesung, die Haushaltsordnung zu ändern. Künftig darf der Senat die fälligen Rückzahlungen durch Aufnahme neuer Kredite vornehmen (Nettoprinzip). Solche Regelungen gelten auch in anderen Bundesländern und ebenso beim Bund, dem 1969 der damalige Finanzminister Franz Josef Strauß das Nettoprinzip bescherte.

Nach Ansicht der Hamburger CDU aber verstößt die Änderung der Landeshaushaltsordnung gegen die Hamburger Verfassung – und maßgebliche Staatsrechtler sowie der Rechnungshof teilen diese Auffassung. Eine Verfassungsänderung aber lehnte die Union, deren

Stimmen für die Zweidrittelmehrheit erforderlich sind, ab, weil dies „dem sozialistischen Flügel der SPD ermöglicht, ein Faß ohne Boden aufzumachen“ (Fraktionsvorsitzender Perschau).

Gegen die beschlossene Neufassung der Haushaltsordnung wird die CDU vor dem Hamburger Verfassungsgericht klagen, die von der Regierungsfraktion doch noch vorgelegten Etatkürzungen genügen ihr bei weitem nicht: 50 Millionen Mark Personalkosten (von fünf Milliarden) durch Nichtbesetzung freierwerdender Stellen, 40 Millionen bei den Sach- und Fachausgaben, 57,5 Millionen bei den Investitionen.

Aus rechtlichen und politischen Gründen (wegen der Änderung der Haushaltsordnung) wurde die formelle Verabschiedung des Etats auf den 18. Januar vertagt. Der Bürgermeister kommt aus den Beratungen mit Schlagseite heraus, die anstehende Verfassungsklage, mehr



noch die Zerrissenheit seiner Fraktion engen den Spielraum Dohnanyis bis gegen Null ein. Seine Erklärung vor der Bürgerschaft, es sei „noch nicht zu spät“, man müsse „alle Kraft zusammennehmen“, klang matt.

Beitragen zur Lösung der Finanznot sollen in Zukunft auch die Hunde, deren Steuern auf 240 Mark verdoppelt werden (fünf Millionen mehr). 32 Millionen Mark soll die Wiedergeburt der Getränkesteuer bringen, die nach Ansicht des Kölner Finanzwissenschaftlers Klaus Tipke zu den „fossilen Elementen des Steuerrechts“ gehört: zehn Prozent auf alles, was in Gaststätten, an Wursthuden und in Kantinen trinkbar ist, mit Ausnahme der Lieferungen der Hamburger Wasserwerke. Gewissermaßen zum Ausgleich sollen künftig Sielgebühren auch auf das vom Dach abtropfende Regenwasser erhoben werden (Regensteuer).

Gut zwei Millionen Mark erhofft sich der Senat von der Maßnahme, des Nachts künftig einige Stunden lang die Laternen zu löschen – ein Sparakt von eindringlicher Symbolik.

BANKEN

Lange gesucht

Die britische Lloyds Bank steigt massiv ins Wertpapiergeschäft ein – über die Reste der Privatbank Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.

Er freue sich über die neue Partnerschaft, teilte Eric Whittle von Lloyds Bank International in der Frankfurter Zentrale der Privatbank Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. (SMH) mit. Er sehe hier „eine goldene Gelegenheit“.

Das ist der Einstieg der Briten bei SMH wohl auch. Die Londoner Bank übernimmt, wie aus einem „Memorandum of understanding“ – einer Absprache mit dem Bankenverband – hervorgeht, nur die intakten Teile der Anfang November vor dem Kollaps geretteten Privatbank.

Lloyds-Auslandschef Whittle hat alle Risiken abgelehnt, die in irgendeinem Zusammenhang mit dem IBH-Baummaschinenimperium des Horst-Dieter Esch stehen. Der Konzern war vergangene Woche in Konkurs gegangen.

Auch mit faulen SMH-Krediten an Pelzhändler und den wertlosen Forderungen an die Baufirma Wibau wollen die Engländer nichts zu tun haben. Beide Geschäftsbeziehungen hatten zusammen mit den 900 Millionen Mark Krediten an IBH den Zusammenbruch der Privatbank bewirkt.

Nachdem die deutschen Banken 830 Millionen Mark zusammengebracht hatten, um die SMH vor dem endgültigen Ende zu bewahren, wollen nun die Briten weitermachen. Für noch nicht einmal 100 Millionen Mark werden sie die ertragreichen Sparten der ehemals drittgrößten deutschen Privatbank erhalten: das kurzfristige Industriekreditgeschäft und insbesondere den einträglichen Wertpapierhandel.

Am Geschäft mit Aktien und Anleihen hatten die SMH-Vermögensverwalter bis zuletzt gut verdient. Jahr für Jahr trugen sie regelmäßig zwischen acht und zwölf Millionen Mark zum Gewinn der Bank bei. In den vergangenen zwölf Monaten holten die Wertpapier-Experten der SMH-Bank sogar mindestens 25 Millionen Mark herein.

Von Anfang an hatte sich die SMH, die in den sechziger Jahren durch Fusion der Privatbanken Hengst (Offenbach) sowie Schröder und Münchmeyer aus Hamburg entstanden war, auf das einträgliche Maklergeschäft mit Aktienpaketen und Firmenbeteiligungen spezialisiert. Regie führte Hengst-Schwiegersohn Ferdinand Graf von Galen.

Bis Anfang November, als die Überschuldung der Bank bekannt wurde, galten die SMH-Partner Galen (Kapitalanteil: 40 Prozent) und Hans-Hermann Münchmeyer (Familienanteil: rund 35 Prozent) als geschätzte Vermögensver-

walter, die diskret und professionell mit Milliarden von Fonds- und Treuhandfirmen zu jonglieren verstanden. Nach der Deutschen und der Dresdner Bank galt SMH als führendes Wertpapierinstitut der Bundesrepublik, dessen Anlageentscheidungen häufig die gesamte Börsentendenz bestimmten.

Über sieben Milliarden Mark, so schätzen Insider, haben arabische Petro-Milliardäre, internationale Versicherungen und Firmenpensionskassen über die Bank angelegt. Noch wenige Monate vor dem IBH-Debakel vertraute ein Saudi-Araber seinem SMH-Berater ein Depot von rund 750 Millionen Mark an.

„Die SMH war für uns“, sagt ein Direktor des schweizerischen Bankhauses Julius Bär, „die angesehenste Vermögensverwaltungsgesellschaft in Deutschland.“

Da wundert es auch kaum, daß der an der SMH-Rettungsaktion maßgeblich beteiligte Bankenpräsident Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth noch vor den Briten starkes Interesse zeigte, SMH-Teile für seine Berliner Handels- und Frankfurter Bank (BHF) zu erwerben. Doch Schroeder-Hohenwarth kam nicht zum Zuge.

Als auf der letzten Mitgliederversammlung des Banken-Verbandes Mitte November der Tagesordnungspunkt „SMH-Erwerb“ zur Debatte stand, verließ der Bankenpräsident wegen persönlicher Befangenheit den Sitzungssaal. Seine Konkurrenten stimmten gegen ihn.

So bekamen die Lloyds-Banker ihre Chance. Sie können jetzt durch Übernahme der gesunden SMH-Sparten die Regeln ihres Landes unterlaufen, die den Kreditbanken (Clearing Banks) den Handel mit Aktien und Anleihen im Heimatland verbieten.



Bankier Whittle
„Goldene Gelegenheit“



Bankier Schroeder-Hohenwarth
Die Konkurrenz war gegen ihn

Auslandschef Whittle und der designierte SMH-Kontrollleur Paul Brown, ehemaliger Deutschland-Chef von Lloyds Bank International, haben bereits den Kurs festgelegt. Bei einem ersten Rundgang durch alle Abteilungen der Frankfurter Zentrale kündigten sie für Lloyds den „massiven Aufbruch ins Wertpapiergeschäft“ an.

Der Entschluß zum SMH-Erwerb sei schnell zustande gekommen, so die beiden Lloyds-Manager, weil sie „schon lange etwas Ähnliches gesucht“ hätten. Eine rasche Entscheidung war wohl auch deshalb notwendig, weil Lloyds den Kern der etwa 120 Mann starken Wertpapiertruppe halten möchte. Die Briten schickten bereits in der vergangenen Woche Schreiben an die wichtigsten SMH-Mitarbeiter, in denen ihnen Weiterarbeit unter neuer Leitung zugesichert wird.

Zufriedene Gesichter konnten dabei insbesondere die drei Generalbevollmächtigten der SMH-Bank machen. Sie werden weiterhin auf Einkünfte in Höhe von 150 000 Mark Jahresgehalt plus 200 000 bis 300 000 Mark erfolgsabhängiger Tantieme rechnen können.

Lakonischer Kommentar der Lloyds-Banker: „Am Stil des Hauses wird nichts geändert.“

Für die vier ehemaligen Eigentümer der Privatbank dagegen könnte sich viel ändern. Die 38 Gläubiger-Banken nämlich, die jetzt auf den faulen IBH-Krediten hängenbleiben, prüfen bereits, ob sie Ansprüche auf Schadenersatz gegen die persönlich haftenden Gesellschafter anmelden sollen.

Sie glauben, gute Gründe zu haben. Maximilian Hackl, Chef der Bayerischen Vereinsbank, spricht bereits öffentlich von einem „hinreichenden Verdacht des Kreditbetrugs“.

Schöner Nachmittag

Der Wechsel des designierten WDR-Chefredakteurs Günter Müggenburg zum Privatfernsehen eröffnet den Konkurrenzkampf auf dem westdeutschen TV-Markt – und beleuchtet das Chaos im größten ARD-Sender.

WDR-Intendant Friedrich-Wilhelm Freiherr von Sell war Mittwoch nachmittag voriger Woche auf der Fahrt zu seinem bergischen Landsitz Appenhagen, als das Autotelephon piepste. Er möge, bat ihn ein Mitarbeiter, dringend in Düsseldorf Herrn Sobotta anrufen, „aber nicht vom Auto aus“.

Joachim Sobotta, der designierte Fernsehdirektor des Kölner Senders, wollte seine Botschaft so diskret wie möglich übermitteln. Aber was der derzeitige Chefredakteur der „Rheinischen Post“ seinem künftigen Intendanten sagte, sprach sich dann doch schnell herum: „Ich stehe“, so Sobotta, „für den Posten nicht mehr zur Verfügung.“

Abends, zu Hause, bekam der WDR-Chef noch einen Anruf aus Düsseldorf, und wieder war ein designierter WDR-Spitzenmann am Apparat, Günter Müggenburg. Von Sell: „Gut, daß Sie anrufen. Ich wollte Ihnen sowieso mitteilen, daß mit Ihrer Chefredakteurskandidatur alles klar ist.“ Müggenburg: „Und ich wollte Ihnen sagen, daß ich beim WDR ausscheide und zur ‚WAZ‘-Gruppe gehe.“ Der Intendant flüchtete in Ironie: „Das war ein schöner Nachmittag.“

Der Tag kann Fernsehgeschichte machen. Die Doppel-Absage ist nicht nur vorläufiger Höhepunkt einer Serie von Peinlichkeiten im größten ARD-Sender. Müggenburgs fixer Wechsel zum „WAZ“-Generalbevollmächtigten für Neue Medien bedeutet gleichzeitig eine Zäsur im bundesdeutschen TV-System.

Erstmals wurde ein Fernsehmacher des öffentlich-rechtlichen Systems, nicht einmal einer der besten, mit einer Spitzengage – „WAZ“-Leute sprechen von 800 000 Mark, Müggenburg redet von 260 000 – fürs künftige private Fernsehen geködert. Der „Alleinanspruch“ der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, kommentierte Chefredakteur Siegfried Maruhn im „WAZ“-Flaggschiff „Westdeutsche Allgemeine“, gehöre ebenso der Vergangenheit an wie die Zurückhaltung der Zeitungen: „Die alten Medien dürfen nicht ins Hintertreffen geraten.“

Daß es dabei den WDR trifft, ist freilich nicht das böse Werk der privaten Konkurrenz, sondern das Resultat einer hausgemachten Misere. Das einstmals attraktive Funkhaus bringt sich zunehmend um seinen Ruf. Der Anstaltschef selber war in eine Filz-Affäre verstrickt, die der damalige Verwaltungsratsvorsitzende Konrad Grundmann eingefädelt